



SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

**Für Altona im Bundestag
Dr. Matthias Bartke**



Liebe Leserin, lieber Leser!

Am 24. September sind Bundestagswahlen. Dann entscheiden Sie darüber, wer Altona und die Elbvororte in Berlin vertritt. Bei der letzten Wahl haben Sie mich in den Bundestag gewählt. In dieser Broschüre habe ich zusammengestellt, was ich in Berlin erreicht habe und was meine Pläne sind, falls Sie mir erneut Ihr Vertrauen aussprechen.

Wir leben in politisch sehr bewegten Zeiten. Zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg haben wir eine Situation, in der die Demokratie wirklich gefährdet ist. Von außen durch Populisten wie Trump, Putin, Orban, Erdogan, Le Pen und die Brexit-Befürworter. Innenpolitisch durch eine Partei, deren Markenzeichen der Fremdenhass ist.

Wir werden den Ewiggestrigen unser Land aber nicht überlassen. Gerade die Sozialdemokratie ist diejenige Partei, die in diesen Zeiten wie keine andere für die Bewahrung der Demokratie steht. Sie steht seit 154 Jahren für Mitmenschlichkeit, Toleranz und Solidarität.

All diese Eigenschaften sind auch charakteristisch für Altona. Gerade Altona hat durch sein skandinavisches Erbe und seine historisch bedingte Internationalität immer wieder Weltoffenheit und Wandlungsfähigkeit bewiesen. Als Altonas „Botschafter“ setze ich mich in Berlin mit aller Entschiedenheit für diese Werte ein.

Wir dürfen unser Land nicht dem Stillstand überlassen. Willy Brandt forderte 1969 in seiner Erklärung zum Regierungsantritt den Willen und die „Fähigkeit zum Wandel“. Angesichts der riesigen Herausforderungen brauchen wir diese Fähigkeit heute so dringend wie damals.

Ich möchte den Rechtspopulisten die rote Karte zeigen.
Ich möchte, dass Deutschland so gut regiert wird wie Hamburg.
Ich möchte mich weiter für eine sozial gerechte Politik einsetzen.

Liebe Bürgerin, lieber Bürger, ich bitte Sie um Ihre Erststimme bei der Bundestagswahl!

Herzlichst Ihr

Meine Arbeit im Bundestag

Erfolge in der Sozial- und Rechtspolitik

Neben meiner Tätigkeit als Fraktionsjustiziar bin ich Vollmitglied in zwei Fachausschüssen: dem Rechtsausschuss und dem Ausschuss für Arbeit und Soziales. Beide sind Schwergewichte unter den Ausschüssen. In ihnen werden zentrale politische Weichenstellungen für unser Land sowie für die Menschen in Altona vorbereitet.

Foto: Andreas Amann



Arbeits- und Sozialpolitik

Im Arbeits- und Sozialausschuss des Bundestages habe ich an allen großen arbeits- und sozialpolitischen Projekten dieser Wahlperiode mitgearbeitet.

Verbesserung für Arbeitnehmer: Der Mindestlohn

Die Einführung des Mindestlohnes war der größte Erfolg der SPD. Deutsch-

land hatte zuvor einen riesigen Niedriglohnsektor. Viele Menschen haben so wenig verdient, dass sie aufstockende Hartz IV-Leistungen in Anspruch nehmen mussten, um überhaupt über die Runden zu kommen.

Im Vorfeld des Mindestlohnes hat es massiven Widerstand gegeben. Selbst die Linkspartei hat im Bundestag nicht dafür gestimmt. Das Ergebnis hat dann aber alle Kritiker Lügen gestraft. Der Mindestlohn ist eine einzige Erfolgsgeschichte. Durch ihn haben über vier Millionen Menschen die größte Lohnerhöhung ihres Lebens bekommen.

Verbesserung für Leiharbeiter: Faire Begrenzung und Bezahlung von Leiharbeit

Derzeit gibt es etwa eine Million Leiharbeiter. Häufig arbeiten diese über viele Jahre in demselben Unternehmen. Sie unterscheiden sich in zweierlei Hinsicht von Stammarbeitern: Sie haben weniger Rechte und sie bekommen weniger Lohn. Wir haben zwei wichtige Verbesserungen eingeführt:

- Spätestens nach neun Monaten müssen Leiharbeiter den gleichen Lohn bekommen wie Stammarbeiter (Equal Pay).
- Wenn Leiharbeiter länger als anderthalb Jahre beschäftigt werden, müssen sie vom Entleihbetrieb übernommen werden.

Verbesserung für Rentner: Früherer und flexibler Renteneintritt

Mit unserem Rentenpaket haben wir die Situation von Rentnern nachhaltig verbessert:

- **Mütterrente:** Die Erziehungszeiten für Kinder, die vor 1992 geboren wurden, wurden bislang schlechter bewertet als

für später geborene Kinder. Wir haben die Erziehungszeiten nun auch für vor 1992 geborene Kinder deutlich aufgewertet. Fast zehn Millionen Frauen profitieren von dieser Maßnahme: Sie erhalten monatlich pro Kind 28 Euro zusätzlich.

- **Abschlagsfreie Rente ab 63:** Wenn man vorzeitig in Rente ging, musste man bislang 0,3 Prozent Rentenabschlag pro vorzeitigem Monat hinnehmen. Für Menschen, die ihr ganzes Leben hart gearbeitet haben, war das ungerecht. Wir haben daher eine Regelung eingeführt, nach der man bereits ab 63 in Rente gehen kann, wenn man zuvor 45 Jahre lang Beiträge in die Rentenkasse gezahlt hat.

- **Erhöhung der Erwerbsminderungsrente:** Wer krank ist, nicht mehr arbeiten kann und in Erwerbsminderungsrente gehen muss, bekam bislang eine Rente, als hätte er noch bis zum vollendeten 60. Lebensjahr gearbeitet. Diese „Zurechnungszeit“ haben wir um zwei Jahre bis zur Vollendung des 62. Lebensjahres verlängert. Wir werden sie stufenweise auf das 65. Lebensjahr erhöhen.

- **Abschaffung von Zwangsverrentungen:** Hartz IV-Bezieher konnten bislang von den JobCentern zur vorgezogenen Altersrente mit entsprechenden Abschlägen verpflichtet werden. Das war auch der Fall, wenn die Rente dadurch so niedrig wurde, dass die Bezieher aufstockendes Hartz IV beantragen mussten. Diese Regel haben wir abgeschafft.

- **Flexirente:** Früher fing man mit 20 Jahren an zu arbeiten und ging mit 65 in Rente. Heute ist das Leben bunter. Manche beginnen früh mit dem Erwerbsleben und wollen auch früh in Rente. Andere starten später, wollen aber länger arbeiten.

Wenn ein Arbeitnehmer vorher weiß, dass er vorzeitig in Ruhestand gehen

will, so kann er nun bereits ab dem 50. Lebensjahr Kompensationszahlungen in die Rentenkasse einzahlen. Dann erhält er später keinen Abschlag. Damit ist eine stufenlose und flexible Wahl der Teilrente möglich. Das macht eine längere Erwerbstätigkeit in Teilzeit attraktiv.

Verbesserung für behinderte Menschen: Teilhabe statt Ausgrenzung

Als ehrenamtlicher **Vorsitzender der Hamburger Lebenshilfe** sind mir die Belange von Menschen mit Behinderung besonders wichtig. Mit dem **Bundesteilhabegesetz** konnte die SPD eine zentrale sozialpolitische Reform in der Großen Koalition durchsetzen.

- Bislang durften behinderte Menschen, die Eingliederungshilfe beziehen, ihren Arbeitslohn nicht sparen, sondern mussten alles über 2.600 Euro an die Staatskasse abführen. Das war ein krasser Verstoß gegen die UN-Behindertenrechtskonvention.

Durch das Teilhabegesetz werden die **Spar-Freibeträge** jetzt stufenweise auf 50.000 Euro erhöht. Die Einkommensfreibeträge werden um 260 Euro monatlich hochgesetzt. Ehepartner werden zukünftig gar nicht mehr herangezogen. Auch für nichtbehinderte Sozialhilfebezieher werden die Spar-Freibeträge angehoben.

- 300.000 behinderte Menschen arbeiten in Werkstätten. Sie erhielten neben ihrem Arbeitsentgelt bislang ein **Arbeitsförderungsgeld** von 26 Euro monatlich. Dies wurde durch das Teilhabegesetz auf 52 Euro verdoppelt.

- Wir haben mehr Übergänge in Arbeit geschaffen. Anstelle der Werkstattleistungen sind künftig auch **Lohnkostenzuschüsse** und Unterstützung im Betrieb möglich.

- Die **Werkstatträte** in den Werkstätten für behinderte Menschen haben künftig mehr Rechte. Für wichtige Angelegenheiten, wie z. B. Entlohnungsgrundsätze, haben sie erstmals ein Mitbestimmungsrecht.



Foto: Deutscher Bundestag, Achim Melde (c)

Ich habe in dieser Wahlperiode über 30 Mal im Deutschen Bundestag gesprochen. Die Videos finden Sie auf meiner Homepage unter: matthias-bartke.de/bundestagsreden

Rechtspolitik

Als Mitglied des Rechtsausschusses bin ich mitberatend bei allen wichtigen Gesetzen des Parlamentes beteiligt. Der Rechtsausschuss ist federführend vor allem bei klassisch rechtspolitischen Themen, aber auch bei Fragen des Mieterschutzes.

Schutz für Mieter

Hamburg ist eine Mieterstadt. 80 Prozent der Hamburgerinnen und Hamburger haben eine Mietwohnung. Da ich früher einmal selbst als Mieteranwalt gearbeitet habe, sind mir mietrechtliche Probleme sehr vertraut.

- In Altona und den Elbvororten gehören explodierende Mieten zu den größten Problemen des Wohnungsmarktes. Wir haben daher die **Mietpreisbremse** eingeführt. Danach dürfen die Mieten bei Neuvermietungen nur noch höchstens zehn Prozent über dem Mietenspiegel liegen. Ausgenommen sind hiervon Mieten bei Erstbezügen.

- Die **Maklercourtage**n wurden in der Vergangenheit meist den Mietern aufgebürdet. Dies haben wir geändert. Wir haben das Prinzip „Wer bestellt, der zahlt“ eingeführt. Künftig gilt also für die Courtagezahlungen an Makler das **Bestellerprinzip**.

Schutz der sexuellen Selbstbestimmung

2016 haben wir drei Gesetzespakete zum besseren Schutz der sexuellen Selbstbestimmung von Frauen beschlossen:

- Mit dem **Prostituiertenschutzgesetz** haben wir eine Erlaubnispflicht für Bordelle und andere Prostitutionsstätten sowie eine Anmeldepflicht für Prostituierte eingeführt. Bei der Anmeldung erhalten Prostituierte ein Informations- und Beratungsgespräch, bei dem sie wichtige Informationen zu Hilfs- und Unterstützungsangeboten erhalten.

- Wir haben das Sexualstrafrecht verschärft und dabei den Grundsatz „**Nein heißt Nein!**“ umgesetzt. Jede Person, die keinen Sexualkontakt will und dies zum Ausdruck bringt, ist durch das neue Gesetz künftig geschützt. Für das „Grapschen“ haben wir einen neuen eigenen Straftatbestand eingeführt.

- Mit dem **Gesetz gegen Menschenhandel** haben wir Beweisregeln beschlossen, die die Verurteilungen von Menschenhändlern endlich erleichtern werden. Wir haben darin auch die Freier von Zwangsprostituierten unter Strafe gestellt.

Gleichstellung von Frauen

Im Grundgesetz heißt es in Artikel 3: **„Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“** Obwohl in den vergangenen Jahrzehnten viele Fortschritte erreicht wurden, sieht die Realität besonders in der Arbeitswelt noch anders aus. Die großen Karrieren und Gehälter machen in der Regel immer noch die Männer.

- In Aufsichtsräten deutscher Unternehmen betrug der Frauenanteil nur 21 Prozent. Wir haben daher das Gesetz zur **Frauenquote in Aufsichtsräten** erlassen, wonach diese in allen börsennotierten Unternehmen mit mindestens 30 Prozent Frauen besetzt sein müssen. Ende 2016 war die Frauenquote dadurch bereits auf 27,5 Prozent angestiegen.

Mit dem Entgelttransparenzgesetz konnten wir eine erste wichtige Voraussetzung zur Schließung der **Lohnlücke zwischen Männern und Frauen** schaffen. Diese beträgt immer noch 21 Prozent. Das Gesetz räumt Frauen in Betrieben mit mehr als 200 Beschäftigten nun einen Auskunftsanspruch für die Bezahlung vergleichbarer Tätigkeiten ein. Betriebe mit mehr als 500 Beschäftigten müssen Prüfungen zur Entgeltstruktur einführen.

Ehe für alle

Am letzten Tag der letzten Sitzungswoche konnten wir den Unionsparteien etwas abringen, für das wir schon seit Jahren kämpften: Die **„Ehe für alle“**, also die völlige rechtliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare. Künftig sind sie nicht nur steuerlich gleichgestellt, sondern können wie heterosexuelle Paare standesamtlich heiraten und Kinder adoptieren.

Über viele Jahre haben sich Angela Merkel und die Union der gesellschaftlichen Realität verschlossen. 30 Mal wurde ein Bundesratsantrag zur „Ehe für alle“ im Rechtsausschuss vertagt. Erst Angela Merkels versehentliche Ankündigung einer Gewissensentscheidung öffnete die Tür zur „Ehe für alle“ einen Spalt breit. Doch es war genug, damit wir diese Tür endgültig entschlossen aufstoßen und das Gesetz für die Ehe für alle beschließen konnten.

Justiziar der SPD-Bundestagsfraktion

Im Januar vergangenen Jahres hat mich die SPD-Bundestagsfraktion einstimmig zu ihrem Justiziar gewählt. Als Fraktionsjustiziar bin ich Nachfolger von Katarina Barley, die Generalsekretärin der SPD wurde und im Juni Manuela Schwesig als Familienministerin ersetzt hat.

Der Fraktionsjustiziar berät Abgeordnete in Rechtsfragen, die mit ihrem Bundestagsmandat zusammenhängen. Er berät den Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion und er vertritt die SPD-Fraktion in Verfassungsstreitigkeiten vor dem Bundesverfassungsgericht.



Mein Aufgabenfeld liegt vorrangig in der Bundespolitik. Doch mich leitet stets die Frage, was das

für die Menschen in Altona bedeutet. Daher mache ich mich auch für kommunale Ziele in Altona stark.

Foto: Reinhard Kraasch (CC BY-SA 3.0 DE)

Politik für Altona

Bessere Taktung der S1 nach Wedel

Immer mehr Menschen ziehen in den Hamburger Westen. Die S-Bahn-Anbindung der Stadtteile Sülldorf, Rissen und Iserbrook ist aber unzulänglich. Die Bahn fährt nur in den Hauptverkehrszeiten im Zehnminuten-Takt, sonst verkehrt sie nur im kundenunfreundlichen Zwanzigminuten-Takt.

Um diesen Zustand zu verbessern, habe ich mich erfolgreich für eine engere Taktung eingesetzt. An Wochentagen fahren morgens und abends insgesamt acht S-Bahn-Züge mehr. Die Ausweitung des Zehnminutentakts macht die S-Bahn als Alternative zum PKW deutlich attraktiver.

Restaurierung der Dampfbarkasse Otto Lauffer

1928 lief die dampfgetriebene Polizeibarkasse „Otto Lauffer“ auf der Stülcken-Werft vom Stapel. Sie galt einst als besterhaltene Dampfbarkasse Deutschlands. Doch seit 13 Jahren moderte dieses Juwel und wichtige Zeugnis unserer maritimen Hamburger Identität nun vor sich hin.

Im vergangenen Jahr ist es mir gemeinsam mit dem Museumshafen Oevelgönne e.V. gelungen, die Finanzierung der für die Restaurierung notwendigen 890.000 Euro zu sichern. Zum 40. Geburtstag des Museumshafens ist die „Otto Lauffer“ in neuem Glanz nach Altona zurückgekehrt.

Sanierungsmittel für die Viktoria-Kaserne

Die Viktoria-Kaserne am Zeiseweg in Altona-Nord wurde 1883 vom Land Preußen für das 31. königlich preußische Infanterieregiment gebaut. Die fux-Genossenschaft hat es sich zum Ziel gesetzt, aus der alten Kaserne einen gemeinschaftlichen Produktionsort für Kunst, Kultur und Gestaltung, Gewerbe und soziale Organisationen zu machen.

Ich habe mich erfolgreich dafür eingesetzt, dass der Bund Denkmalschutzmittel in Höhe von 600.000 Euro für die Sanierung der Kaserne bewilligt. Dadurch kann dieser wichtige Ort der sozialen Begegnung und kulturellen Kreativität für Altona erhalten und ausgebaut werden.

Arbeitsmarktpolitik für Flüchtlinge und Deutsche

Gemeinsam mit meinem Kollegen Johannes Kahrs habe ich unterstützt, dass das Arbeitsministerium 21 Millionen Euro für das arbeitsmarktpolitische Sonderprogramm „STAFFEL“ zur Verfügung erhält. Damit sollen deutsche Langzeitarbeitslose gemeinsam mit jungen Flüchtlingen auf den deutschen Arbeitsmarkt vorbereitet werden.

Für viele Menschen gilt: Was ich nicht kenne, das lehne ich ab. Mit STAFFEL sollen Vorurteile durch gemeinsame Arbeit abgebaut werden. Hamburger Beschäftigungsträger profitieren von dem Programm. Sie stellen über 400 Förderplätze, auf denen Flüchtlinge und Langzeitarbeitslose in verschiedenen Gewerken beschäftigt werden.

Eine Fähre von den Landungsbrücken nach Blankenese

Es ist ein wundervoller Flussabschnitt am Südufer des schönsten Wahlkreises Deutschlands: Die Elbe zwischen Landungsbrücken und Blankenese. Ausgerechnet hier gab es zwölf Jahre lang keinen Fährverkehr. Die Blankeneseer fordern seit Langem die Schaffung einer Fährverbindung. Ich habe sie nach Kräften unterstützt.

In diesem Frühjahr war es soweit. Seit Ostern verbindet die „Kleine Freiheit“ der Reederei FRS die Innenstadt und Blankenese fünfmal täglich auf dem Seeweg. Ein schöner gemeinsamer Erfolg vieler Beteiligten, zu dem ich gern meinen kleinen Beitrag geleistet habe.

Langer Deckel über die A7

Für Bahrenfeld und Othmarschen ist die Autobahn A7 eine starke Belastung. Sie zersägt die beiden Stadtteile regelrecht und belastet sie mit Lärm und Gestank. Ich habe mich daher von Anfang an für eine möglichst lange Überdeckung der A7 eingesetzt und mich dafür häufig mit der Initiative „Ohne Dach ist Krach“ und weiteren Akteuren getroffen.

Anfang vergangenen Jahres hat die Bürgerschaft nun grünes Licht für weniger Lärm und zusätzliche Flächen gegeben. Das ist ein großer Erfolg aller sozialdemokratischen und grünen Politiker Altonas. Er zeigt, dass sich das Bohren dicker Bretter lohnt.

Meine Ziele für die nächste Wahlperiode

Die SPD hat in den vergangenen vier Jahren wichtige Verbesserungen in der Großen Koalition durchgesetzt. Ich werde mich als Ihr Wahlkreisabgeordneter dafür stark machen, dass die zentralen politischen Fragen, die uns in Altona bewegen, in Berlin oben auf der Tagesordnung sind.

Mietpreisbremse verschärfen!

Die Einführung der Mietpreisbremse war ein großer Erfolg der SPD. Danach darf die Miete bei Neuvermietungen nur noch höchstens zehn Prozent über dem Mietspiegel liegen. Aber im Nachhinein mussten wir feststellen, dass manche Vermieter trickreich sind, um die Mietpreisbremse zu umgehen. Das bekommen viele Wohnungssuchende in Altona zu spüren.

Einer der beliebtesten Tricks ist, dass Vermieter behaupten, die Miete hätte bei dem Vormieter bereits mehr als zehn Prozent über dem Mietspiegel gelegen. Denn wenn das zutrifft, können Sie auch weiterhin eine höhere Miete nehmen. Aber häufig trifft es eben nicht zu und wird wahrheitswidrig behauptet. Hier muss nachjustiert werden.

Ich fordere daher, dass der Mieter bei Abschluss des Mietvertrages immer angeben muss, wie hoch die Vormiete war.

Bezahlbaren Wohnraum schaffen!

Hamburg und Altona unternehmen große Anstrengungen, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und die Versäumnisse aus zehn Jahren CDU-Senat auszubügeln. 2016 wurden in Hamburg Baugenehmigungen für über 12.000 neue Wohnungen erteilt.

Der Bezirk Altona schafft in den kommenden Jahren rund 1.500 Wohnungen pro Jahr und liegt damit weit vorn. Ein Drittel aller Neubauwohnungen sind Sozialwohnungen, ein Drittel Mietwoh-

nungen und nur ein Drittel Eigentumswohnungen. So sorgen wir dafür, dass bezahlbarer Wohnraum entsteht. Diese Anstrengungen bleiben wichtig, denn Hamburg wird weiter um jährlich rund 10.000 Einwohner wachsen.

Ich setze mich dafür ein, dass der Bund seinen Beitrag leistet: Die Förderung des sozialen Wohnungsbaus muss ausgebaut werden. Baugenossenschaften und -gemeinschaften müssen stärker gefördert werden. Die Spekulation mit baureifem Boden muss gestoppt werden. Familien müssen durch ein Familienbaugeld beim Erwerb von Wohneigentum unterstützt werden.

Sachgrundlose Befristungen abschaffen!

Früher konnten Unternehmen mit ihren Angestellten befristete Arbeitsverträge abschließen, wenn es dafür einen sachlichen Grund gab. Ein sachlicher Grund war beispielsweise der Ablauf einer Schwangerschaftsvertretung.

Heute befristen Unternehmen Arbeitsverträge oft nur deshalb, weil sie es können. Es trifft vor allem junge Menschen, die am Anfang ihres Berufslebens stehen und eine Familie gründen wollen. Aber wie soll man Kinder in die Welt setzen, wenn man eine ungewisse Zukunftsperspektive hat?

Hamburg ist das einzige Bundesland, das Verträge mit sachgrundlosen Befristungen für seine Angestellten verboten hat. Ich setze mich für die bundesweite Abschaffung sachgrundloser Befristungen ein. Auch hier gilt: Deutschland kann von Hamburg lernen!



Hartz IV-Sanktionen ändern!

Wenn Arbeitslose den Auflagen der JobCenter nicht nachkommen, so können sie sanktioniert werden. Die Sanktionen sind nach dem Gesetz aber häufig unverhältnismäßig. So kann Arbeitslosen die komplette Unterstützung gestrichen werden, sodass sie auch keine Miete mehr bezahlen können und Obdachlosigkeit droht. Und Jugendliche werden nach dem Gesetz wesentlich härter sanktioniert als Erwachsene.

Die SPD hat in der Großen Koalition mehrere Anläufe unternommen, um

das Sanktionssystem bei Hartz IV zu ändern. Alle Anläufe scheiterten aber am Widerstand von Horst Seehofer und seiner CSU. Hier tut Änderung dringend Not, die in einer Koalition mit der CDU/CSU aber nicht machbar ist.

Jobchancen für Langzeitarbeitslose schaffen!

Trotz hervorragender Wirtschaftslage und Rekordbeschäftigung gelingt es uns nicht, die Zahl der Langzeitarbeitslosen zu senken. Sie liegt seit vielen

Jahren bei etwa einer Million. Viele Betroffene haben leider kaum eine Chance, einen regulären Arbeitsplatz zu erlangen. Mit Blick auf Hamburg ist das doppelt ärgerlich: Denn die Zahl offener Stellen (über 16.000) hat bei uns einen Höchststand erreicht.

Ich setze mich daher für eine bessere Qualifizierung ein. Hier sollen Langzeitarbeitslose eine sozial sinnvolle und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung erhalten.

Meine Forderung lautet: Zur Finanzierung sollen diejenigen Gelder herange-

zogen werden, die derzeit ohnehin zur Alimentierung der Langzeitarbeitslosen verwandt werden.

Solidarrente für Geringverdiener einführen!

Viele Menschen in unserem Land haben ihr Leben lang gearbeitet, aber nie viel verdient und daher auch nie viel in die Rentenkasse eingezahlt. Das trifft vor allem Frauen. Es ist ungerecht, wenn sie am Ende ihres Arbeitslebens auf Grundsicherung angewiesen sind.

Ich finde: Wer 30 Jahre gearbeitet und Rentenbeiträge gezahlt hat, muss eine auskömmliche Rente erhalten. Diese muss mindestens zehn Prozent höher sein als die Grundsicherung. Dafür setze ich mich ein.

Managergehälter begrenzen!

Das Gehalt eines Managers ist in Deutschland bis zu 100 Mal so hoch wie das eines Facharbeiters. Auch nach katastrophalen Managementfehlern fließen Boni in Millionenhöhe. Ich halte das für ungerecht.

Daher setze ich mich als ersten Schritt dafür ein, dass die steuerliche Absetzbarkeit bei Manager-Boni und -Vergütungen begrenzt und der Spitzensteuersatz erhöht wird.

Zudem möchte ich gesetzlich regeln, dass der Aufsichtsrat eine Höchstgrenze für das Verhältnis von Vorstandsvergütung und dem durchschnittlichen Gehalt der Arbeitnehmer festlegt.

Einwanderung und Integration klug gestalten!

Der Zuzug von Flüchtlingen in den Jahren 2015 und 2016 hat viel Kritik und eine große gesellschaftliche Diskussion ausgelöst. Er hat uns aber auch gezeigt: Deutschland ist offen und tolerant. Die solidarische Hilfsbereitschaft von engagierten Bürgerinnen und Bürgern für geflüchtete Mitmenschen hat mich tief beeindruckt. Besonders bei uns in Hamburg leisten weiterhin tausende Freiwillige einen großen Beitrag dafür, dass Integration gelingt.

Mit Asylpakt und Integrationsgesetz haben wir dafür gesorgt, dass aus Fehlern der Vergangenheit gelernt wurde. Mit verpflichtenden Sprach- und Integrationskursen sowie einem besseren Arbeitsmarktzugang machen wir die Menschen fit für ein selbständiges Leben in Deutschland.

Ich halte zwei Punkte für wichtig, damit künftig weniger Menschen nach Deutschland fliehen: Wir müssen ein modernes Einwanderungsgesetz beschließen, das qualifizierten Menschen mit Jobperspektive eine legale Einreise nach klaren Kriterien erleichtert. Und wir müssen den Kampf gegen Fluchtursachen in den Heimatregionen wirksamer unterstützen.

Osdorf und Lurup besser anbinden!

Eine neue Schienenanbindung für Lurup und Osdorf ist beschlossene Sache. Klar ist aber noch nicht, ob die U- oder die S-Bahnvariante kommt. Ich setze mich für die S-Bahn ein. Nur die Variante von Osdorf über Lurup und die Trabrennbahn Bahrenfeld zum neuen Fernbahnhof Diebsteich gewährleistet, dass die Anbindung zeitnah erfolgt.

Aber auch bei schnellster Realisierung wird die Schienenanbindung noch Jahre dauern. Daher setze ich mich kurzfristig für eine bessere Bustaktung für Osdorf und den Born ein.

Unsere Demokratie verteidigen!

Unsere Demokratie ist die beste Staatsform, die es je auf deutschem Boden gab. Ihre Grundlage sind die Werte unseres Grundgesetzes und unser Bekenntnis zur Europäischen Union. In einer zutiefst unfriedlichen Welt haben sie uns über 70 Jahre Frieden garantiert.

Kern unseres Staatswesens sind die in der Verfassung verbürgten Grundrechte. Sie sind getragen von den humanistischen Idealen der Toleranz und Mitmenschlichkeit. Sie sind die Lehren aus der bitteren deutschen Vergangenheit.

Während des G 20-Gipfels haben wir erlebt, dass Linksautonome das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit für kriminelle Gewaltakte missbrauch-

ten. Wir werden hieraus Konsequenzen ziehen.

Hierzu gehört, dass wir so viele dieser Hooligans wie möglich vor Gericht bringen. Wir wissen, dass sie international organisiert sind. Deshalb werden wir ein europaweites Register einrichten, um politische Extremisten schon vor politischen Großveranstaltungen zu identifizieren.

Die noch größere Herausforderung für unsere Demokratie geht jedoch von den Rechtspopulisten aus. Die AfD-Politikerin von Storch fordert den Schusswaffeneinsatz gegen unbewaffnete Flüchtlingskinder und -frauen. Die Noch-AfD-Vorsitzende Petry fordert, dem Nazi-Begriff „völkisch“ wieder eine positive Bedeutung zu geben. Und der thüringische AfD-Politiker Höcke bezeichnet das Mahnmal zur Erinnerung an die ermordeten Juden in Berlin als ein Mahnmal der Schande.

Das ist lupenreines NPD-Gedankengut. Das Resultat dieser Hetze: Im vergangenen Jahr gab es über 900 Gewalttaten gegen Asylunterkünfte.

Für ihre Propaganda nutzen die Rechtspopulisten Meinungsroboter („social bots“), von denen Zigtausende im Internet automatisierte Aussagen und „likes“ tätigen. Alle im Bundestag vertretenen Parteien haben sich verpflichtet, „social bots“ nicht im Wahlkampf einzusetzen. Nur die AfD weigert sich.

In der Flüchtlingspolitik stehe ich klar zur Grundregel unseres Asylrechts: Wer in seiner Heimat politisch verfolgt wurde oder vor einem Bürgerkrieg flüchtete, erhält bei uns Schutz. Bei wem das nicht der Fall ist, wer unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung gefährdet oder durch Straftaten verletzt, der braucht keinen Schutz und muss Deutschland wieder verlassen.



Nach den Krawallen im Schanzenviertel zeige ich Martin Schulz und Staatsministerin Aydan Özoguz die Zerstörungen und spreche mit den Betroffenen.

Mein Engagement zwischen Altona und Berlin

Seit meiner Wahl in den Deutschen Bundestag gilt mein voller Einsatz der politischen Arbeit in Altona und Berlin. Mein Blick auf die politischen Themen lebt vom regelmäßigen Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern, meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und mit der Bezirks- und Landespolitik.

Mein Ehrenamt in der Lebenshilfe Hamburg

Die Lebenshilfe ist die größte bundesweite Organisation zur Förderung der Rechte von geistig behinderten Menschen. Es sind vor allem Eltern von Betroffenen, die ehrenamtlich tätig sind. So steht die Berücksichtigung der Eltern- und der Betroffenenwillen ganz im Vordergrund der Tätigkeit der Lebenshilfe.

Die Lebenshilfe Hamburg hat mich im November vergangenen Jahres zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Ich finde es wichtig, dass Politiker auch ehrenamtlich tätig sind und so eine enge Verbindung zu den ganz praktischen Mühen der Ebenen behalten.

Meine Zusammenarbeit mit der Bezirkspolitik

Der regelmäßige Erfahrungs- und Meinungsaustausch mit unserer Altonaer Bezirksamtsleiterin Liane Melzer und den Altonaer Abgeordneten ist mir sehr wichtig. Dies gilt vor allem für die vielen wichtigen Wohnungsbauprojekte in Altona.

Die Miet- und Wohnungsgesetzgebung

wird maßgeblich im Rechtsausschuss des Bundestages mitgestaltet. Die praktischen Hinweise der Altonaer Kommunalpolitiker sind für meine Tätigkeit in diesem Ausschuss von unschätzbarem Wert.

Meine Stadtteilgespräche zur Bundespolitik

Seit meiner Wahl in den Bundestag berichte ich in meinen öffentlichen Stadtteilgesprächen regelmäßig über aktuelle bundespolitische Themen. Ich informiere dabei über das „politische Berlin“ und meine Arbeit dort. Die Rückmeldungen der Menschen sind für mich ein wichtiger und untrüglicher Seismograph für die Stimmungen in der Altonaer Bevölkerung.

Meine Büros in Hamburg und Berlin

Mein Wahlreisbüro in der Max-Brauer-Allee 20 ist der zentrale Anlaufpunkt für Altonaer Bürgerinnen und Bürger. Hier werden alle meine Hamburger Initiativen und Termine vorbereitet. Für lokale und regionale Anfragen ist mein Altonaer Büro Ihr Ansprechpartner. Mein Berliner Büro befindet sich im

„Otto-Wels-Haus“, Unter den Linden 50. Meine dortigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bereiten mich auf Ausschuss-Sitzungen und Plenardebatten vor. Außerdem organisiert das Berliner Büro meine Korrespondenz und Fachterminplanung.

Für Sie: Zweitagesfahrten nach Berlin

Viermal im Jahr veranstalte ich Zweitagesfahrten ins politische Berlin mit einem anspruchsvollen Programm. Morgens geht's vom Bahnhof Altona mit dem ICE nach Berlin.

In Berlin folgen Stadtrundfahrt, Reichstagsbesichtigung inklusive Begehung der Kuppel, Gespräch mit mir als dem Altonaer Wahlkreis-Abgeordneten und weitere politische Termine. Am späten Nachmittag des folgenden Tages geht es zurück nach Altona.

Das Beste ist: Die Fahrten werden vom Bundespresseamt finanziert. Sie sind daher für die Teilnehmer kostenlos und können sogar als Bildungsurlaub anerkannt werden. Anmelden können Sie sich für eine Fahrt einfach über matthias.bartke@bundestag.de oder per Telefon!



Vita

- 1959** Geburt in Bremen
- 1965** Grundschule in Fischerhude
- 1978** Abitur
- 1979** Grundwehrdienst in Rotenburg/Wümme
- 1981** Jurastudium in Hamburg, Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung
- 1987** Abschluss der einstufigen Juristenausbildung an der Universität Hamburg
- 1987** Rechtsanwalt für Miet- und Arbeitsrecht in Altona
- 1987** Referent und Pressesprecher am Hamburger Friedensforschungsinstitut
- 1991** Promotion zum „Dr. jur.“ mit der Arbeit „Verteidigungsauftrag der Bundeswehr – eine verfassungsrechtliche Analyse“
- 1991** Eintritt in den Dienst der Hamburger Sozialbehörde: u.a. Leiter des Integrationsamtes, Leiter des Versorgungsamtes, Büroleiter von Sozialsenator Scheele, zuletzt: Leiter der Rechtsabteilung
- 2013** Wahl in den Deutschen Bundestag als Direktkandidat für den Wahlkreis Altona
- 2016** Wahl zum Justiziar der SPD-Bundestagsfraktion, Mitglied im Ältestenrat des Bundestages
- 2016** Wahl zum Vorsitzenden der Lebenshilfe Hamburg

Das ist mir wichtig!

- **Genug Wohnungen und bezahlbare Mieten in Altona.** Ich setze mich für die Weiterentwicklung der Mietpreisbremse sowie eine deutlich ausgebauten Wohnungsbauförderung des Bundes ein. Wohnen muss bezahlbar sein.
- **Sichere Arbeitsverträge und faire Gehälter.** Sachgrundlose Befristungen müssen verboten werden. Besonders junge Menschen brauchen mehr Planungssicherheit, damit sie eine Familie gründen können.
- **Kostenfreie Bildung von der Kita bis zum Meister oder Master.** Kita, Schule, Ausbildung und Studium muss für alle gebührenfrei möglich sein. Jedes Kind verdient die gleiche Chance, unser Land braucht jede qualifizierte Kraft.
- **Besserer Nahverkehr für Osdorf und Lurup.** Ich unterstütze die S-Bahn-Anbindung Osdorfs in der Variante über Bahrenfeld und Lurup. Im Übergang ist eine engere Bustaktung nötig, um die Stadtteile besser anzubinden.

Kontakt

Dr. Matthias Bartke, MdB
040/386 999 03
kontakt@matthias-bartke.de
www.matthias-bartke.de
facebook.com/mbartke